

„Fake News“ gegen Demokratie

Klaus Moegling

Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland steht derzeit u.a. aufgrund der Corona-Krise systemisch unter Druck. Sie wird von verschiedenen Seiten heftig angegriffen. Hierbei wird auch mit „Fake News“ gearbeitet. Die westlichen Demokratien seien nur Aushängeschilder für dahinter stehende verdeckte Interessen. Der staatliche Umgang mit Covid-19 beispielsweise sei nur der Versuch die Freiheitsrechte mit dem Argument des Gesundheitsschutzes einzuschränken.

Zum Charakter von „Fake News“ gehören die Positionierung falscher Informationen, Über- oder Untertreibungen, Verzerrungen sowie Auslassungen von Informationen, die nicht in das eigene Bild passen. Hier entwickelt sich – auch verbreitet über die sozialen Medien – eine rege Szene, die mit der Verbreitung von „Fake News“ arbeitet. Die theoretische Grundlage für die pauschale Diskreditierung der existierenden Demokratien in diesem Sinne findet sich u.a. bei dem Psychologen Rainer Mausfeld, der in den letzten Jahren zahlreiche Artikel in der Online-Zeitschrift „Rubikon“¹ auf der Grundlage seiner Bücher veröffentlicht hat. Maus-

feld wird auch auf der Internetplattform Ken FM interviewt, die von dem bekannten Verbreiter von Verschwörungsmythen Ken Jebsen betrieben wird, der u.a. behauptet, dass die Attentate in New York im September 2001 von den Amerikanern inszeniert worden wären sowie Covid-19 zum Zwecke der autoritären Willkürherrschaft und Bereicherung weniger Superreicher (insbesondere Bill Gates) missbraucht werde.

1. „Fassadendemokratie“ und „Tiefer Staat“

Rainer Mausfeld, pensionierter Psychologieprofessor der Uni Kiel, kritisiert in einem kürzlich erschienenen Interview², aber auch schon in früheren Publikationen³, zwar plakativ, aber auf hohem sprachlichen Level die bundesdeutsche Demokratie als ein subtiles totalitäres System. Er ordnet die westlichen Demokratien – und somit auch die bundesdeutsche Demokratie – im Kontext von „Fassadendemokratie“ und „tiefer Staat“ als Systeme



Prof. Dr. habil. Klaus Moegling

StD. i.R., apl. Professur im Fb Gesellschaftswissenschaften
der Universität Kassel

ein, in denen den Bürgern demokratische Partizipation mit ausgeklügelten psychologischen Tricks, wie z.B. der ‚Atomisierung‘ und der ‚Fragmentierung‘, dem Verstellen von Zusammenhängenden, vorgegaukelt werde und in Wirklichkeit eine nur schwierig zu identifizierende Elite die Fäden der Macht ziehe.

Die Begriffe „Fassadendemokratie“ und „Tiefer Staat“ bilden den Titel eines von Ullrich Mies und Jens Wernicke 2017 herausgegebenen Buches, bei dem wiederum auch Mausfeld Mitautor ist. Wernicke ist ebenfalls Herausgeber der Onlinezeitschrift „Rubikon“ und – genauso wie Mies und Mausfeld – Gesprächspartner des YouTube-Kanals „Ken FM“.

Mit dem Konstrukt des „Tiefen Staats“ beschreibt Mausfeld hierbei das Vorhandensein politischer Machtzentren in der „Fassadendemokratie“, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollen – in den Worten Mausfelds „nämlich die Erscheinungsweise der Macht im autoritären und zunehmend totalitären Spätkapitalismus, der sich der Hülle der repräsentativen Demokratie nur noch bedient, um die eigentlichen Zentren politischer Macht für die Öffentlichkeit unsichtbar zu machen.“⁴

Nach Mausfeld haben die Mächtigen „dem Volk die Souveränität einer Selbstgesetzgebung entzogen und sich selbst eine legislative Souveränität gegeben. Auf diese Weise haben sich mittlerweile die Zentren der Macht und insbesondere transnationale Großkonzerne zu Selbstversorgern mit Gesetzen gemacht.“⁵

2. Weit von einem totalitären System entfernt

Sicherlich ist das politische System Deutschlands verbesserungswürdig. Es besitzt über das Grundgesetz zunächst einen eindeutigen demokratischen Selbstanspruch. Doch vieles ließe sich auch im Verfassungsanspruch verbessern. So müsste beispielsweise die sinnvolle Balance von repräsentativen und direktdemokratischen Strukturelementen in Deutschland, insbesondere auf Bundesebene, erst noch hergestellt werden. In der Verfassungsrealität wiederum besteht häufig eine Konkurrenz zwischen Wirtschaftsinteressen und Gemeinwohl.

Hierbei führt dann ein z.T. intransparenter Lobbyismus zu politischen Entscheidungen der Regierenden, die nicht in ihren Wahlprogrammen stehen und in ihren Wahlkampfreden unerwähnt bleiben. Oft wird des Weiteren nicht entschieden genug auf kommende oder bereits eintretende Probleme, wie z.B. die Klimakrise, aufgrund falscher Rücksichtnahme auf Wirtschaftsklientel reagiert. Noch schärfer formuliert ist die bundesdeutsche Politik z.T. auch die Ursache von gesellschaftlichen Problemen, wenn man z.B. an die Genehmigung von Waffenexporten in internationale Spannungsgebiete oder den Ausbau des Billiglohnssektors denkt. Dies alles ist deutlich zu kritisieren. Dennoch sind wir weit von einem totalitären System mit versteckten und verschwörerischen Machtstrukturen entfernt, die im Dienste einer neoliberalen Elite mit Psychotricks und der Manipulation durch Massenmedien die Bevölkerung bewusst und systematisch verdummen.

In der bundesdeutschen Gesellschaft gibt es entgegen Mausfelds Totalitarismusthese immer noch identifizierbare, massive Interessensunterschiede, die konfliktuell und öffentlich ausgetragen werden, und von denen man allerdings nie weiß, zu wessen Gunsten diese Konflikte ausgehen werden. Der offen ausgetragene Konflikt zwischen der Fossilindustrie und der Fridays for Future-Bewegung sowie der Solarindustrie ist bester Ausdruck hiervon. Dies ist ein Konflikt der seine Fortsetzung in den demokratischen Institutionen, wie Bundestag, Bundesrat, Länderparlamente oder Bundesregierung findet, um dessen Lösungen auch dort gestritten und nach Kompromissen gesucht wird. Der Kompromiss ist hierbei konstitutiv für eine Demokratie, auch wenn dies nicht allen gefällt.

Natürlich gibt es auch hinter den Kulissen Kreise und Gruppierungen, die versuchen verdeckt Macht auszuüben, doch sie stellen nur einen Einfluss unter mehreren dar und werden immer wieder von Bürgerbewegungen, Gerichten, Parteien, Verbänden und anderen Interessensgruppen gebremst und in ihrem Einfluss relativiert. Der Anspruch an eine konfliktuelle Demokratie, die gleiche Rechte gewährt, aber auch Vielfalt zulässt, ist in Deutschland weitgehend vorhanden und durchaus lebendig. Diesen demokratischen Anspruch und dessen immer wieder durchzusetzende

Verwirklichung beschreibt die Sozialwissenschaftlerin Sibylle Reinhardt (2020) wie folgt:

„Demokratie, begriffen als Herrschaft des Volkes für das Volk und durch das Volk, ist ein unmittelbar überzeugendes Prinzip für Staatlichkeit. Es verbürgt Anerkennung für und durch alle, es gilt die gleiche Achtung aller vor allen. Diese Gleichheit muss aber in ein Verhältnis zur Ungleichheit gesetzt werden, die aus dem Recht auf Individualität folgt und Differenzen und Vielfalt ergibt. Diese Spannung muss ausgehalten und balanciert werden.“⁶

Auch die grundsätzliche Staatsbewertung hinsichtlich der den Kapitalismus und damit die privatwirtschaftliche Profitmaximierung absichernden Funktion wird durch Mausfeld dogmatisch und starr vorgenommen, wenn er formuliert:

„Vorrangiges Ziel des Staates ist es, die Stabilität gegenwärtiger Machtverhältnisse zu sichern. Dem steht jedoch die zivilisatorische Leitidee von Demokratie diametral entgegen.“⁷

Dieser gesellschaftstheoretische Zugang unterstellt, dass der Staat die Marionette der Konzerne sei und die eigene Bevölkerung grundsätzlich ignoriere oder manipulierte.

Auch dies dürfte die bundesdeutsche Realität nicht treffen. Seine Überlegungen zur Allmächtigkeit der Konzerne übergeht die Tatsache, dass sich die Unternehmen bzw. die großen Konzerne in keinsten Weise hinsichtlich ihrer Interessen einig sind bzw. dass es hier divergierende Interessenlagen gibt, z.B. Fossilindustrie versus Solarindustrie, Tesla versus Mercedes Benz, VW etc. oder Lufthansa versus Ryanair. Auch wird die zumindest partielle Widerständigkeit von Politikern und Parteien gegenüber überbordenden Lobbyismus und Bestechlichkeit schlichtweg übergangen. Hiernach sind die bundesdeutschen Politiker überwiegend Handlanger der Konzerne und stehen in deren Diensten. Gern wird dann ein Beispiel, wie es das Mitglied des Deutschen Bundestages Philipp Amthor gegeben hat, zur Regel gemacht.

Dem bundesdeutschen Staat wird in diesem Zusammenhang derzeit häufig unterstellt, die Corona-Pandemie sei nur ein Vorwand für die Einleitung eines totalitären digitalen Überwachungs-

staates im Sinne der Kapitalinteressen, der ohnehin mittelfristig angestrebt sei. Dies diskreditiert dann alle für das Corona-Management verantwortlichen Politiker*innen und schreibt ihnen eine moralisch unredliche Absicht zu. Dementsprechend wird dem Staat von Mausfeld in der „kapitalistischen Demokratie“ grundsätzlich unterstellt, dass er nur an Machtsicherung und -ausweitung im Interesse einer unmäßig profitierenden ökonomischen Elite interessiert und unfähig zu moralischem Handeln im Sinne der Gemeinwohlidee sei.

3. Der historische und interkulturelle Systemvergleich lohnt sich: Deutschland versus USA

Gegen diese pauschale Abwertung westlicher Demokratien ist zu argumentieren, dass es noch nie in der Geschichte Deutschlands eine derart lange Phase von weitgehender politischer Meinungsfreiheit, erheblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen, sozialer Absicherung und zunehmend geöffneten Bildungsmöglichkeiten in Deutschland gegeben hat. Natürlich gab es auch Versuche der Repression und der Meinungsunterdrückung im Zuge der Durchsetzung großindustrieller Projekte, wie z.B. der deutschen Atomkraftwerke, oder hinsichtlich der Verhängung von Berufsverboten im Zuge des 1972 eingeführten Radikalenerlasses. Aber es spricht gerade für die bundesdeutsche Demokratie, dass sich auch nach harten Auseinandersetzungen und verschiedenen Kurswechseln letztlich der Wille der Mehrheit bzw. die Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt hat. Die deutschen Atomkraftwerke müssen schließen, der Radikalenerlass wurde aufgehoben. Auch dass Rainer Mausfeld ungehindert durch staatliche Zensur oder staatliche Repression anderer Art frei und öffentlich seine Thesen vertreten kann, spricht doch gerade dafür, dass die Meinungsfreiheit im bundesrepublikanischen System grundsätzlich erhalten geblieben ist.

Niemand muss in Deutschland heutzutage Angst davor haben, dass nach der friedlichen Teilnahme an einer Demonstration am nächsten Morgen die Polizei vor der Tür steht und ihn_

– wie zuletzt häufig in der Türkei geschehen – abholt und ohne Gerichtsurteil einsperrt. Jeder kann in einer politischen Diskussion seine Meinung kundtun, ohne in Gefahr zu laufen, verhaftet zu werden, wenn er sie nicht zum Rassenhass, zur Gewalt oder zur Volksverhetzung anstiftet. Dies war nicht immer so und ist Ausdruck einer positiven historischen Entwicklung, für die sich viele engagierte und mutige Menschen eingesetzt haben.

Auch im interkulturellen Vergleich, nehmen wir hier z.B. die USA, China oder Russland, schneidet das bundesdeutsche System einer rechtsstaatlich organisierten Demokratie hinsichtlich der Realisierung der Menschenrechte und demokratischer Partizipation überdurchschnittlich ab, auch wenn man nicht mit allem, z.B. dem noch immer ungenügenden klimapolitischen Engagement der Bundesregierung oder dem unzureichenden bundesdeutschen Engagement im menschenfeindlichen Umgang mit Flüchtlingen an den europäischen Grenzen und in den Lagern Nordafrikas, einverstanden sein darf.

Gerade die nicht-differenzierenden Aussagen zur Demokratie im Kapitalismus übersehen die systemischen Unterschiede in unterschiedlichen Staaten. Insbesondere Kategorien orientierte Messung und ein Ranking der Demokratie im internationalen Vergleich (Transformationsindex) machen zum einen derzeit zwar einen Rückgang der Demokratien in der Untersuchung von 137 Transformations- und Entwicklungsländern deutlich, andererseits weisen sie doch noch immer die erhebliche Differenz der verschiedenen Demokratien hinsichtlich der Kriterien wie z.B. Gewaltenteilung, Presse- und Versammlungsfreiheit, Achtung von Wahlergebnissen und der Wahrung der Menschenrechte aus⁸.

Es bestehen auch in den dem westlichen Lager hinzuzurechnenden Demokratien erhebliche Unterschiede, z.B. zwischen der Demokratie in Deutschland oder skandinavischen Staaten im Vergleich zur Entwicklung der Demokratie in der Türkei, Polen oder in Ungarn. Eine pauschale Verurteilung westlicher Demokratien, wie sie Mausfeld vornimmt, ist unhaltbar, wenn man die international sehr unterschiedlichen Entwicklungen genauer analysiert.

Die USA weisen hierbei, neben z.B. der Türkei, Polen und Brasilien, beispielsweise eine Nega-

tiventwicklung auf. Die USA ist strukturell durch eine systemische Verzerrung des Wählerwillens (Wahlmännerprinzip, zu hohe Hürden für kleinere Parteien, Bevorzugung kleinerer Bundesstaaten ...) sowie aufgrund des Milliarden US-Dollar verschlingenden Wahlkampfes durch eine Abhängigkeit der Präsidentschaftskandidaten von den großen Konzernen gekennzeichnet.

Die Abhängigkeit von den Vermögenden ist in Deutschland deutlich geringer, da hier bei der Wahlkampffinanzierung das Verhältnis von öffentlichen Geldern und Spenden ein anderes ist. Die Wahlkampfspenden-Affären der durch Helmut Kohl geprägten CDU sowie der gegenwärtigen AfD bilden hier eher die Ausnahme. Das gemischte Wahlrechtssystem in Deutschland, das sowohl eine personenbezogene Wahl als auch eine Verhältniswahl vorsieht, bildet den Wählerwillen genauer als in den USA ab. Die Gewerkschaften haben in Deutschland in der Regel einen wesentlich größeren Einfluss als in den USA und das Spektrum der in den Parlamenten vertretenen Parteien ist weitaus vielfältiger. Auch kommt hinzu, dass die Stellung des US-Präsidenten mit wesentlich mehr Macht ausgestattet ist, als dies bei der Bundeskanzlerschaft der Fall ist – zudem die Bundesregierung neben den mit sehr unterschiedlichen Parteienvertretungen besetzten Parlamenten (Bundestag, Bundesrat, Landtage) u.a. durch EU-Vorgaben und europäische Institutionen eingehegt ist.

Auch der Missbrauch von Macht über die Vertretung zugespitzter und spaltender medialer Verlautbarungen der Regierungsspitze (Trump!) ist derzeit in den USA wesentlich größer als dies in der medialen Öffentlichkeit von Seiten deutscher Regierungsmitglieder möglich wäre. Dass die USA noch ein wesentlich größeres Rassismusproblem und eine die Gesellschaft zerschneidende soziale und kulturelle Zerklüftung aufweist, sei ebenfalls angesprochen.

Die USA sind des Weiteren derzeit auf dem Weg in ein autokratisch und populistisch regiertes System mit erheblichen Menschenrechtsproblemen (Rassendiskriminierung, polizeiliche Übergriffe, Drohnenötungen). Auch wenn die rechts-extremistischen Tendenzen ‚gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ (Heitmeyer 2012) auch in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sind,

ist der Rassismus, wie zeitnah u.a. beim Mord an George Floyd wieder deutlich wurde, in den USA in einem noch größeren Ausmaß institutionell verankert. Aber auch dort ist noch nicht entschieden, ob nicht die gegenwärtigen Massenproteste („Black lives matter“) gegen den systemischen Rassismus sowie der anstehende Wahlausgang in den USA nicht doch noch zu strukturellen, institutionellen und mentalen Veränderungen führen werden.

4. Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus

Auch pauschale Aussagen über Kapitalismus und Demokratie übersehen systemische Unterschiede in der Ausprägung des Kapitalismus. So ist der Siegeszug des Neoliberalismus in Deutschland bei Weitem nicht so erfolgreich gewesen wie in den USA oder Großbritannien. Von der Qualität der sozialen Leistungen im Krankheitsfall sowie der Arbeitslosenversicherung in Deutschland können die Arbeitnehmer_innen in den USA nur träumen. Der von mehreren Mini-Jobs lebende US-Arbeitnehmer beispielsweise ist im Falle des Jobverlusts auf Zelten am Straßenrand, Wohnen in Autos und auf caritative Essensausgabe angewiesen, wenn seine geringen Ersparnisse aufgezehrt sind.

Mausfelds einseitige Sichtweise wird deutlich, wenn er an anderer Stelle schreibt:

„Der Kapitalismus verlangt eine Unterwerfung unter die Machtverhältnisse, in denen eine Minderheit von Besitzenden Macht über eine Mehrheit von Nichtbesitzenden ausübt, und schließt daher den Bereich der Wirtschaft sowie die Eigentumsordnung grundsätzlich von einer demokratischen Kontrolle aus.“⁹

Mit diesen Formulierungen scheint jemand doch fest die Augen vor den bisher verwirklichten Ansätzen innerbetrieblicher Demokratie und Mitbestimmung verschließen zu wollen und das Engagement von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften zu übersehen bzw. grundsätzlich gering zu schätzen. Natürlich hat diese Mitwirkung ihre Grenzen unter kapitalistischen Besitzverhältnissen, dennoch begrenzt sie ebenfalls, zu-

mindest in Deutschland und vergleichbaren Staaten, deutlich die Entscheidungsmacht der Unternehmenseigentümer bzw. Konzernspitzen.

Auch geht er über Betriebe im Kapitalismus hinweg, die sich in Form von Genossenschaften organisieren, sowie über Gemeinwohl orientierte Unternehmen im Sinne von Christian Felber¹⁰, deren Anspruch es ist, auch unter kapitalistischen Bedingungen, Formen einer solidarischen und ökologisch vertretbaren Ökonomie zu praktizieren.

5. Medien – lediglich Produzenten von Fake News?

Um die Bevölkerung zu kontrollieren, benutze der Staat manipulative Techniken und systematische Lügen („Fake News“), so Mausfeld:

„Die Erzeugung von tatsächlichen Fake News gehört seit je zum Kern des propagandistischen Werkzeugkastens einer Machtsicherung. Das gilt im besonderen Maße für kapitalistische Demokratien, da die demokratische Maske ohne Propaganda — und damit ohne Verwendung von Fake News — nicht aufrechtzuerhalten wäre.“¹¹

Die Medien pauschal letztlich als Wegbereiter eines manipulativen und auf Unfreiheit basierenden Systems zu verstehen, verkennet sowohl ihre politischen Intentionen als auch ihre tatsächlichen politischen Erfolge in der bundesdeutschen Demokratie. So manche politische Affäre ist durch die Medien, wie z.B. durch Zeitschriften wie ‚Spiegel‘ oder ‚Stern‘, aufgedeckt worden – auch wenn beide Zeitschriften ihre eigenen Affären hatten und im Falle der Hitler-Tagebücher bzw. erfundener Reportagen vereinzelt selbst ‚Fake News‘ produziert haben.

Natürlich befinden sich viele Medien zudem in Privatbesitz. Auch gelingt es den dort arbeitenden Redakteuren_innen nicht immer, sich gegen die Interessen der sie besitzenden Medienkonzerne durchzusetzen. Doch eine breite Gegenöffentlichkeit digitaler und gedruckter Medien, z.T. auch mit genossenschaftlichen Strukturen, wie in Deutschland bei der ‚TAZ‘ oder bei dem Schweizer Online-Magazin ‚Republik‘, gewährleistet inzwischen eine vielfältige politische Öffentlichkeit,

die sich ohnehin in den sozialen Medien einer digitalen Gegenöffentlichkeit, wie z.B. Facebook oder Twitter, abspielt.

Die politischen Strukturen in Deutschland, die gewährleisten, dass eine kontroverse demokratische Öffentlichkeit und die damit verbundene demokratische Meinungsfreiheit immer noch weitgehend umgesetzt sind, sind hier den Menschen nicht in den Schoß gefallen. Hierfür haben sich in der Vergangenheit viele Generationen engagiert und eingesetzt. So mancher hat hierfür im Zuge des Kampfes für demokratische Rechte und Pressefreiheit seine Freiheit oder in der Nazi-Zeit sogar sein Leben eingebüßt.

6. Gefahr der Demotivierung in Zeiten der Verwundbarkeit

Die rechtsstaatlichen Strukturen sind sicherlich in verschiedenen westlichen Demokratien unterschiedlich ausgeprägt. Mausfeld (2020b) hingegen diskriminiert rechtsstaatliche Strukturen, als wenn diese überhaupt keine Relevanz für die emotionale Sicherheit der Menschen und die Einhaltung der Menschenrechte hätten. Sie würden in der heutigen kapitalistischen Demokratie nur der Verschleierung des eigentlichen Zweckes des Neoliberalismus dienen:

„Mag sich der Leviathan des Neoliberalismus auch die Verkleidung einer kapitalistischen Demokratie geben, so bleibt er ein autoritäres und quasitotalitäres System, das — in sich flexibel ändernden Formen — jederzeit bereit ist, auf autoritären Wegen sein zentrales Ziel durchzusetzen und zu erhalten, nämlich eine, gegen alle demokratischen Einflüsse geschützte Ausbeutung der Vielen zugunsten der Wenigen. Das demokratische Versprechen einer größtmöglichen Freiheit von Angst ist damit hinfällig geworden. Mehr noch: Der Neoliberalismus produziert nicht nur systematisch den Rohstoff „Angst“, sondern hat die Psychotechniken einer auf Angsterzeugung basierenden Sicherung seiner Stabilität zur Perfektion verfeinert.“¹²

Wenn man die undemokratische Elitenherrschaft in Form eines modernen Totalitarismus („Elitenwahloligarchie“, „Kapitalistische Elitendemokratie“¹³ so eindringlich und absolut behauptet, dann nimmt man möglicherweise vielen Menschen die

Motivation und die Kraft, sich für das zur Zeit von verschiedenen Seiten angegriffene bundesrepublikanische System zu engagieren. Insbesondere hinsichtlich der Verteidigung einer rechtsstaatlichen Demokratie gegenüber dem sich derzeit ausbreitenden Rechtsextremismus und seinen militanten Verzweigungen, ist eine große gesellschaftliche Geschlossenheit und Entschiedenheit notwendig. *Aber auch gerade gegen die kapitalistischen Auswüchse des international wirkenden Neoliberalismus, wie die ungebremste Finanzspekulation, die boomende Rüstungsindustrie, die destruktive Fossilindustrie oder die privatwirtschaftliche Vermarktung von Trinkwasserquellen, wäre ein historisch gewachsenes Bewusstsein der erkämpften und erstrittenen Möglichkeiten der bundesrepublikanischen Demokratie erforderlich.* Die argumentatorische Strategie von Rainer Mausfeld und seinesgleichen jedoch, Elemente plausibler und nachvollziehbarer Kritik an problematischen Verhältnissen auf einem elaborierten sprachlichen Niveau mit einer überzogen pessimistischen Einschätzung und generalisierten systemischen Abwertung zu vermischen, führt zu einer überspitzten und alles Erreichte diffamierenden Demokratiekritik, die nur zu Resignation, blinder Wut oder Politikverweigerung führen kann. Doch Wutbürger, extremistische Systemgegner oder Politikverweigerer haben wir bereits genug.

Demokratie erhält sich nicht von allein, sondern muss jeden Tag und jedes Jahr neu errungen, erneut verteidigt und natürlich auch im Sinne einer demokratischen Neuordnung national und international weiter ausgebaut und verbessert werden.

7. Fazit

Sicherlich ist eine ökonomische Neuordnung und eine politische Umsteuerung in nationalstaatlichen und transnationalen Verhältnissen in einem globalen Kontext notwendig, wollen die jetzigen oder die nächsten Generationen zukünftig nicht in einem destruktiven Zusammenwirken der Klimazerstörung, brutaler sozialer Ungleichheit und des nuklearen Kriegsszenarios versinken¹⁴. Für eine schrittweise Veränderung bestehender Systeme ist es aber dringend notwendig, historisch errungene Leistungen in den politischen Systemen realistisch einzuschätzen und zu würdigen. Natürlich muss auch notwendige Kritik mit Augenmaß und dort

mit aller Entschiedenheit geäußert werden, wo gegen rechtsstaatliche, menschenrechtliche und demokratische Vorgaben verstoßen wird. Aber vorhandene demokratische Errungenschaften sollten in der Öffentlichkeit selbstbewusst vertreten werden. Die bundesdeutsche Demokratie und eine Reihe weiterer westlicher Demokratien, wie z.B. die skandinavischen Demokratien, sind im internationalen und interkulturellen Vergleich als am weitesten fortgeschritten anzusehen. Sie sind bisher der Idee der Demokratie als ‚Herrschaft des Volkes für das Volk durch das Volk‘ (Lincoln) noch am nächsten gekommen. Diese Systeme sind nicht perfekt, immer von Regression und Fremdbestimmung bedroht und bedürfen der permanenten systemischen Erneuerung und des Ausbaus demokratischer Gestaltungsräume. Aber sie sind besser als alles andere, was es bisher im historischen Vergleich gegeben hat. Von einer reinen ‚Fassadendemokratie‘ und einen ‚Tiefen Staat‘ sind sie weit entfernt. Eine derartige Charakterisierung gehört in das Reich der ‚Fake News‘.

Demokratien sind auf die Partizipation ihrer Bürger, auf den öffentlichen Diskurs und die gemeinsame Kompromissuche angewiesen, wenn es darum gehen soll, demokratische Strukturen zu erhalten und noch wehrhafter gegenüber den wirtschaftlichen Zugriffsversuchen oder gegenüber der Einflussnahme weniger demokratischer Staaten zu machen.

Eine aktuelle Umfrage des Sozioökonomischen Panels (DIW) bezeugt, dass die Demoralisierungsversuche mit Hilfe von ‚Fake News‘ nicht fruchten. Die Zufriedenheit mit der Demokratie stieg auf der Skala (ganz und gar unzufrieden = 0 bis ganz und gar zufrieden = 10) von 2005 = 5,0 auf 6,5 in 2020.¹⁵ Natürlich könnte man dies dann in der Diktion von Mausfeld, Mies, Wernicke & Co. wieder als Beleg für den Erfolg der Gehirnwäsche durch die Mainstream-Medien auslegen ...

Anmerkungen

- 1 Die Online-Zeitschrift ‚Rubikon‘ ist umstritten, da sie z.T. übertrieben emotionalisierende, abwertende und spekulative Beiträge mit Artikeln mischt, die durchaus sachlich und aufschlussreich sind.
- 2 Rainer Mausfeld (im Interview mit Flo Osrainik) (2020a): Der autoritäre Planet. In: <https://www.rubikon.news/artikel/der-autoritare-planet>, 30.5.2020.
- 3 Hier sind beispielsweise die Publikationen von Rainer Mausfeld (2019a-c) sowie Mausfeld (2020b) zu nennen.
- 4 Mausfeld (2019a, S. 149).
- 5 Mausfeld (2020a, o.S.).
- 6 Reinhardt (2020a, S.3).
- 7 Mausfeld (2020a, o.S.).
- 8 Vgl. die Ergebnisse des Systemvergleichs der Bertelsmann-Studie, die sich auf die Veränderungstendenzen internationaler Demokratien in Entwicklungs- und Transformationsländern bezieht, im Interview mit Hauke Hartmann nachvollziehbar zusammengefasst bei May (2020) oder auch bei Lipkowski (2020).
- 9 Mausfeld (2019c, o.S.).
- 10 Vgl. das Konzept der gemeinwohlorientierten Ökonomie bei Felber (2018).
- 11 Mausfeld (2020a, o.S.).
- 12 Mausfeld (2020b, o.S.).
- 13 Mausfeld (2020a, o.S.).
- 14 Vgl. zur Konzeption einer entschiedenen und schrittweisen Neuordnung im lokalen, regionalen und globalen Kontext Moegling (2020).
- 15 Vgl. die Ergebnisse aus der Langzeitbefragung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)¹ und der SOEP-CoV-Studie bei Kühne/Kroh/Liebig/Rees/Zick (2020).

Literatur

- Felber, Christian (2018): Gemeinwohl-Ökonomie. München: Piper-Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscherten Jahrzehnt. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin: Suhrkamp, S.15-41.
- Kühne, Simon/Kroh, Martin/ Liebig, Stefan/ Rees, Jonas/Zick, Andreas (2020): Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit den staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander. In: DIW Berlin, Nr.49. In: <https://www.diw.de/documents/publikation>

- en/73/diw_01.c.793195.de/diw_aktuell_49.pdf, 3.7.2020.
- Lipkowski, Clara (2020): Demokratie wird schwächer. In:
<https://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-autokratie-studie-1.4891400>, 29.4.20.
- Mausfeld, Rainer (2019a): Warum schweigen die Lämmer? Frankfurt/ Main: Westend Verlag, 3. Auflage.
- Mausfeld, Rainer (2019b): Die neue Arche. In: Jens Wernicke/ Dirk Pohlmann (Hrsg.) (2019b): Die Ökokatastrophe. Mainz: Rubikon-Vertriebsgesellschaft, S. 24-41.
- Mausfeld, Rainer (2019c): Die Manipulation der Massen. In: Rubikon,
<https://www.rubikon.news/artikel/die-manipulation-der-massen-3>, 6.7.19
- Mausfeld, Rainer (im Interview mit Flo Osrainik) (2020a): Der autoritäre Planet. In:
<https://www.rubikon.news/artikel/der-autoritare-planet>, 30.5.2020.
- Mausfeld, Rainer (2020b): Die Angstmaschine. In:
<https://www.rubikon.news/artikel/die-angstmaschine>, 13.6.20.
- May, Philipp (2020): Demokratie auf dem Rückzug. Hörbeitrag Deutschlandfunk, in:
https://www.deutschlandfunk.de/der-tag-demokratie-auf-dem-rueckzug.3415.de.html?dram:article_id=475718, 29.4.20
- Moegling, Klaus (2020): Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich. Analyse, Vision und Entwicklungsschritte aus einer holistischen Sicht. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage.
- Reinhardt, Sibylle (2000): Politische Bildung für die Demokratie. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP) 69. Jahrg., Heft 2/2020, S.3ff.